

Wiens Finanzlage.

In der gestrigen Stadtratsitzung erstattete Stadtrat Breitner einen Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinde und beantragte, den Magistrat zu ermächtigen, aus den Beständen des Investitionsanlehens des Jahres 1914 einen Betrag von 30 Millionen Kronen vorläufigweise zur Deckung laufender Erfordernisse zu verwenden. Die Erhebung dieses Betrages habe nur nach Maßgabe der unumgänglichen Notwendigkeit zu geschehen und der Rückersatz nach Lücklichkeit aus den restlichen Staatszuschüssen der 140 Millionen Kronen Kriegsauslagen erfolgt zu erfolgen. Bei der Gebarung im Budgetjahr 1919/20 werde getrachtet werden müssen, mit den im Voranschlag vorgesehenen Ausgaben unbedingt das Einkommen zu finden.

Merkt man sich angesichts der horrenden, noch immer andauernden Preissteigerungen Zuschußkredite nicht zu umgehen, doch gebe es demgegenüber nichts anderes als eine Reduktion des gesamten Bauprogramms. Der Stadtrat werde sich in nächster Zeit mit solchen Vorschlägen zu befassen haben. Bei den Pflasterungen habe man noch im Juni 500 Prozent Aufzahlung präliminiert, während sich jetzt Mehrkosten bis zu 1000 Prozent ergeben.

Bizebürgermeister Hof wies darauf hin, daß Zuschußkredite nicht zu umgehen seien, obwohl man es seiner Partei seinerzeit übel genommen habe. Im übrigen habe er gegen das Referat nichts einzuwenden und stimme dafür.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

Eine neue Darlehensforderung des Wiener Krankenanstaltenfonds.

Stadtrat Breitner berichtete hierauf über ein neuerliches Ansuchen des Wiener Krankenanstaltenfonds um ein Darlehen von sieben Millionen Kronen. Der Wiener Krankenanstaltenfonds habe bereits dreimal von der Gemeinde Wien Darlehen erhalten, die zusammen etwas mehr als neun Millionen Kronen betragen hätten. Gleich der Gemeinde Wien würden jetzt auch wieder vom Lande und vom Staat Darlehensbeträge in derselben Höhe wie von der Gemeinde gefordert. Der Referent erklärte, er halte es mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde für ausgeschlossen, weitere Vorschüsse zu gewähren. Die Gemeinde müsse vielmehr mit allem Nachdruck darauf beharren, daß endlich mit der Sanierung des Fonds Ernst gemacht werde. Ohne sich von vornherein gegen jede Mittragung der Kosten auszusprechen, müsse doch festgestellt werden, daß eine Drittelung der künftigen Defizite an und für sich ausgeschlossen sei. Dies gelte insbesondere für die bisher aufgelaufenen Schulden, zumal die Gemeinde an der Verwaltung des Fonds keinen Anteil gehabt habe.

Stadtrat Dr. Grün schloß sich dem Referentenantrag an, da die Gemeinde bisher ohnehin schon mehr als der Staat und das Land bezahlt hätte, indem die Gemeinde auch bei den Darlehen, die das Land und der Staat in summa gezahlt haben, mit einem Betrag von ungefähr 60 Prozent beteiligt sei. Es sei naturgemäß zu verlangen, den freigewählten Vertretern der Gemeinde als der größten Zahlereiner größeren Einfluß auf die Gebarung einzuräumen und ihn nicht einigen Beamten der anderen Stellen zu überlassen.

Bürgermeister Reumann erklärte sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden. Er lege Gewicht darauf, daß es endlich zu einer ernstlichen Aussprache in dieser Frage mit den beteiligten Faktoren komme, da die Verhältnisse unbedingt einer Klärung bedürfen.

Der Antrag des Referenten wurde sodann angenommen.